

# Mitbestimmen lassen

Die Ausgründung „E-Partizipation“ macht Kommunen Bürgerbeteiligung schmackhaft

Traditionell ist die Rolle des Bürgers bei der Mitbestimmung in Politik und Verwaltung auf Wahlen beschränkt. Der gesellschaftliche Trend zu mehr Transparenz und die modernen Möglichkeiten der Informationstechnologie eröffnen jedoch völlig neue Wege, den Bürger auf verschiedenen Ebenen der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen. Die TU-Ausgründung „E-Partizipation“ der TU Darmstadt kann Kommunen internetgestützte Beteiligungsangebote für ihre Bürger präsentieren.

Das E-Petitionssystem des Bundes oder „Maerker“ – ein Meldesystem für Infrastrukturprobleme im Land Brandenburg – gelten als vielversprechende Ansätze in Deutschland. Das mögliche Beteiligungsspektrum setzt sich fort über Bürgerhaushalte, Stadt-Wikis, Onlinesprechstunden und Diskussionsforen zu kommunalpolitischen Themen. Wie eine Studie der TU Darmstadt am Fachgebiet Multimedia Kommunikation (KOM) bestätigt, ist dieser Trend jedoch noch nicht allgemein in deutschen Kommunen angekommen. Hier gibt es hinsichtlich der Kenntnis der Möglichkeiten und der Umsetzung Nachholbedarf.

## Online-Meinungsbilder erheben

„E-Partizipation“ kann innovative Kommunen bei Themen wie Bauvorhaben oder Umgestaltung öffentlicher Räume begleiten, bei denen es oft auf einen offenen Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung ankommt. Die Verwaltung kann internetgestützt Meinungen oder Ideen der Bürgerinnen und Bürger erfragen. Diese können an der

Meinungs- und Entscheidungsbildung mitwirken. Die Verwaltung erhält direktes Feedback und kann vorherrschende Meinungsbilder überblicken und damit auch explizit berücksichtigen. Dabei unterscheidet sich die hier angebotene Lösung stark von konventionellen Diskussionsforen im Internet mit zeitlich linearer Struktur. Es werden Maßnahmen zur Zusammenfassung von gleichartigen Ideen durch eine explizite Zustimmung und weitere wissenschaftliche Ansätze zur Reduktion des Moderationsaufwands umgesetzt. Eine Entscheidung der Verwaltung, die auf dem vorliegenden Meinungsbild aller Beteiligten beruht, ist transparenter und verfügt später tendenziell über eine höhere Akzeptanz.

Eine öffentliche Version der Plattform, auf der jeder Privatanutzer geschlossene Diskussionen und Abstimmungen zu eigenen Themen nach dem Doodle-Prinzip erstellen kann, ist auf der Webseite [www.werdenktwas.de](http://www.werdenktwas.de) verfügbar.

## Die Gründer

Dr. Tobias Klug studierte von 1999 bis 2004 an der TU Darmstadt Informatik. Er promovierte in Kooperation mit dem SAP Research Forschungszentrum in Darmstadt über das Thema User Centered Design. Dort war er weiterhin als Projektleiter tätig, bevor er an die TU Darmstadt zu Professor Ralf Steinmetz, Fachgebiet Multimedia Kommunikation, wechselte.

Dr. Robert Lokaiczky erhielt sein Diplom in Informatik von der Universität Leipzig und promovierte über Unterstützungssysteme für Wissensarbeiter. Er und sein Kompagnon Klug waren danach gemeinsam an einem Forschungsprojekt der TU Darmstadt zum Thema E-Partizipation beteiligt. Die dort gewonnenen Erfahrungen zu Erfolgsfaktoren internationaler E-Partizipationsprojekte stellen nun wertvolles Wissen für die Ausgründung dar.

## Beschwerdemanagement für den öffentlichen Raum

Schlaglöcher, Graffiti, illegale Müllentsorgung, Falschparken – offensichtliche Missstände im öffentlichen Raum kann der Bürger künftig auf einer Internetplattform oder alternativ auch mobil über sein iPhone direkt an seine Stadtverwaltung melden. Die Eingabe erfolgt dabei mit Foto und Ortsposition. Das erleichtert die Abarbeitung für die zuständigen Stellen erheblich. Das System erlaubt es, Meldungen nachzuverfolgen. Der Bürger wird transparent über die Verantwortlichkeiten und den Bearbeitungsfortschritt informiert. Es ergibt sich ein Überblick für den Bürger und die Verwaltung, welche Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Verbesserung des Stadtbildes beitragen. So kann das Image einer bürgerfreundlichen modernen Verwaltung gestützt werden.

Wenn solche innovativen Web 2.0-Anwendungen genutzt werden, kann dies die Transparenz und Nachhaltigkeit politischer und administrativer Entscheidungen fördern. Damit steigt die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger, also die für Kommunen im internen Wettbewerb so wichtige gefühlte Lebensqualität.

„Die Gründungsberatung der TU, UniTechSpin, unterstützte bei der Identifikation von Finanzierungsmöglichkeiten, bei der Suche nach einem betreuenden Coach und durch viele praxisnahe Seminare, die helfen, Stolpersteine während der Gründung zu umgehen.“



Bild: TU Darmstadt

Demokratieschub via Internet: Tobias Klug (rechts) und Robert Lokaiczky hegen große Hoffnungen.